

05/10

Wahlkreisverbund: Im Gespräch mit Kantonsrätin Heidi Duss, Escholzmatt

«Der Wahlkreis Entlebuch bleibt eigenständig»

Die Entlebucher Kantonsrätin Heidi Duss sieht im Wahlkreisverbund Willisau-Entlebuch die beste Möglichkeit, die Identität des Entlebuchs zu wahren. Der Status Quo sei keine Option. Die Urteile des Bundesgerichts sprächen eine zu klare Sprache.

Heidi Duss, Ende September stimmt der Kanton Luzern über den Wahlkreisverbund Willisau-Entlebuch ab. Was würde sich konkret ändern, wenn die Bevölkerung zustimmt?

Heidi Duss: Auf den ersten Blick nicht viel, denn die Wahlkreise bleiben selbständig. Für den Stimmbürger bleibt alles beim Alten: Er wählt weiterhin die Kandidaten und Kandidatinnen aus seinem Wahlkreis. Auch die Kandidierenden treten weiterhin im selben Amt an wie bisher.

Und wo gibt es Änderungen?

Erst in einem zweiten Schritt. Nachdem die Bürger ihre Kandidierenden gewählt haben, werden die Anzahl Stimmen für die Parteien in den zwei Ämtern zusammengelegt. Welche Partei, wie viele Sitze holt, wird also auf Ebene des Wahlkreisverbunds entschieden. Anschliessend werden die so ermittelten Sitze wieder auf die Wahlkreise verteilt. Was sicher ist: Das Entlebuch wie auch Willisau werden über gleich viele Sitze im Kantonsrat verfügen wie ohne Wahlkreisverbund.

Ändert der Wahlkreisverbund auch etwas an den Stärkeverhältnissen der Parteien?

Gut möglich. Tendenziell werden kleine Parteien gewinnen, weil prozentual weniger Stimmen nötig sind, um einen Sitz



Ein Ja im Interesse des Entlebuchs: Heidi Duss.

zu holen. Gerade im Wahlkreis Entlebuch haben es heute kleine Parteien sehr schwer. Um ein Vollmandat zu holen, benötigte eine Partei bei den letzten Wahlen 12,5 Prozent der Stimmen. Für eine

Partei wie die Grünen oder die SP lag das ausser Reichweite. Das ist auch der Grund, wieso die beiden Parteien angekündigt haben, nach den Wahlen 2011 eine Stimmrechtsbeschwerde einzurei-

chen, wenn kein neues Wahlsystem kommt.

Die CVP gehört als wählerstärkste Partei also eher zu den Verlierern der Reform. Wieso tritt sie trotzdem für die Vorlage ein?

Zuerst muss ich etwas vorausschicken: Es ist nicht so, dass die CVP eine glühende Anhängerin des Wahlkreisverbunds wäre. Uns wäre es lieber, wenn wir das bestehende Wahlsystem beibehalten könnten, denn das heutige System ist einfacher zu verstehen. Gleichzeitig bleibt dem Kanton Luzern keine Wahl. Seit 2005 akzeptiert das Bundesgericht beim Proporz-System keine Wahlkreise mehr, wo mehr als 10 Prozent der Stimmen für ein Vollmandat nötig sind. Tun wir nichts, droht uns dasselbe Schicksal wie Nidwalden, Zürich oder dem Aargau. Sie wurden vom Bundesgericht gezwungen, ihr Wahlsystem zu ändern.

Ist es denn sicher, dass das Bundesgericht im Fall Luzern gleich entscheiden würde?

Auf alle Fälle sehr wahrscheinlich. Das Bundesgericht akzeptiert Quoren von über 10 Prozent nur dann, wenn die Wahlkreise historisch begründet sind. Dies ist in Luzern nicht der Fall, wie uns mehrere Rechtsexperten in der Kommission erklärt haben. Für einen solchen Status fehlte es den Luzerner Wahlbezirken an Autono-

«Jetzt ist der Zeitpunkt, wo man dieses Damoklesschwert endlich aus der Welt schaffen soll.»

mie. Ein eigenes Parlament oder das Recht Steuern zu erheben hatten die Luzerner Ämter nie. Auch wurden die Wahlkreise immer wieder neu gezogen. So teilte die Staatsverfassung von 1875 den Kanton noch in fünf Ämter und 55 Wahlkreise ein – wobei es zum Beispiel im Amt Entlebuch sieben verschiedene Wahlkreise gab. Das Amt Entlebuch als Wahlkreis, wie wir es heute kennen, existiert erst seit 1933 – von Kontinuität also keine Spur. Bereits der Kanton Nidwalden scheiterte vor Bundesgericht mit der historischen Argumentation. Dem Kanton Luzern würde es nicht anders ergehen.

Wieso behalten wir das Wahlsystem nicht bei bis das Bundesgericht uns zur Änderung zwingt?

Weil es besser ist, vorausschauend zu agieren als später unter Druck überstürzt eine Wahlreform zu basteln. Seit Jahren diskutieren wir das gleiche Thema. Sämtliche Varianten wurden mehrfach überprüft. Alle Entscheidungsgrundlagen liegen auf dem Tisch. Es ist doch unsinnig, wenn man in zwei Jahren die gleiche Arbeit nochmals machen muss. Jetzt ist der Zeitpunkt, wo man dieses Damokles-Schwert endlich aus der Welt schaffen soll.

Die Gegner warnen vor Heimatverlust. Zerstört der Wahlkreisverbund die Identität des Entlebuchs?

Eben genau nicht! Das Gegenteil ist der Fall. Mit dem Wahlkreisverbund können wir unsere Identität wahren. Sagt das Volk Ja zum Verbund, bleibt der Wahlkreis Entlebuch eigenständig. Die Entlebucher und Entlebucherinnen können weiterhin ihre Kantonsräte wählen. Sagt das Volk Nein, droht dagegen eine Fusion von Wahlkreisen, wo man Leute in den Kantonsrat wählt, die man überhaupt nicht kennt. Auch das Wahlsystem nach Pukelsheim ist für mich keine Alternative. Dieses ist nämlich deutlich komplizierter als ein Wahlkreisverbund. Zudem erhielten die Kleinstparteien ein zu grosses Gewicht, was zu einer Zersplitterung der Parteienlandschaft im Parlament führen würde.

Aus dem Kantonsrat

Neue Pflegefinanzierung stellt Gemeinden vor grosse Herausforderungen

Die neue Pflegefinanzierung ist ein kompliziertes Regelwerk, das auf den ersten Blick eine rein technische Sache ist. Allerdings: Die Revision führt zu enormen Kostenverschiebungen, was vor allem die Gemeinden empfindlich trifft.

Ab 2011 gilt in der Schweiz eine neue Finanzierung der Pflegekosten. Entlastet werden Bewohnerinnen und Bewohner eines Pflegeheims. Im Gegenzug steigt die Belastung für die öffentliche Hand. Im Kanton Luzern geht man von Mehrkosten von rund 40 Millionen Franken aus.

Gemeinden müssen Mehrkosten schultern

An den Grundzügen der Reform gibt es nichts zu rütteln, da es sich um Bundesrecht handelt. Allerdings entscheidet jeder Kanton für sich, wer die Mehrkosten trägt. Im Kanton Luzern sollen das nach dem Willen des Kantonsrats die Gemeinden sein. Dies habe seinen guten Grund, sagt CVP-Kantonsrat und Sozialpolitiker Erwin Arnold: «Mit der Aufgabenteilung und der Finanzreform 08 wurden die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinde klar verteilt; demnach ist die Langzeitpflege Aufgabe der Gemeinden.» Es sei darum konsequent, dass die Gemeinden die zusätzlichen Belastungen tragen müssten. Arnold stellt in Abrede, dass der Kanton auf dem Buckel der Gemeinden spare, denn auch der Kanton werde in der Gesundheitspolitik bald stärker zur Kasse gebeten: «Die neue Spitalfinanzierung, die im Jahr

2012 in Kraft tritt, verursacht etwa Kosten in gleichem Rahmen – und diese sind vom Kanton zu tragen.»

Altersgerechtes Wohnen nicht bestrafen

Die CVP stand im Rat hinter der Vorlage. Sie fand es allerdings stossend, dass Gemeinden, die altersgerechte Wohnformen und Dienstleistungen anbieten, stärker zur Kasse gebeten werden als jene Gemeinden, die keine aktive Alterspolitik betreiben. Der Grund dafür ist die Bestimmung, dass jeweils die Wohngemeinde für die Kosten für die im Pflegeheim lebende Person aufkommen muss. Damit verbunden ist das Risiko, dass Gemeinden künftig darauf verzichten, Angebote für altersgerechtes Wohnen zu schaffen, da sie finanziell bestraft würden. In einer Motion von Franz Bucher fordert deshalb die CVP, dass die Mehrkosten zwischen den Gemeinden solidarischer verteilt werden. So sollen Gemeinden mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an hoch betagten Menschen entschädigt werden. Dazu soll der Soziallastenausgleich im Finanzausgleich um 10 Millionen Franken erhöht werden – so dass Gemeinden mit einer aktiven Alterspolitik nicht benachteiligt werden.



Sie werden entlastet: Zwei Bewohnerinnen im Pflegeheim Steinhof in Luzern

Ehrwürdige Aufgabe

CVP-Regierungsräte mischen bei Bischofswahl mit

Nach dem Rücktritt von Bischof Kurt Koch muss das Bistum Basel bis Ende September einen Nachfolger finden. Mit von der Partie sind die CVP-Regierungsräte Anton Schwingruber und Guido Graf. Sie vertreten den Kanton Luzern beim Auswahlverfahren.

Weltweit ist es dem Papst überlassen, Bischöfe zu ernennen. Nicht so in den Bistümern St. Gallen und Basel: In diesen beiden Diözesen bestimmen lokale Priester sowie weltliche Kantonsvertreter, wer neuer Bischof wird.

Eine Liste aus sechs Namen

Die wichtigste Rolle kommt dem Domkapitel zu. Dieses besteht aus 18 Diözesanpriestern, die aus den zehn Bistumskantonen stammen. Dem Kanton Luzern sind drei Priester zugeordnet, die jeweils von der Kantonsregierung bestimmt werden. Gegenwärtig sind dies Jakob Zemp (Pfarrer in Schüpfheim), Beat Jung (Pfarrer in der Hofkirche Luzern) und Kurt Grüter (residierender Domherr in Solothurn). Das Domkapitel erstellt am Wahltag eine Liste mit sechs Bischofskandidaten, die sie anschliessend der Diözesankonferenz unterbreitet.

Faktisches Streichungsrecht

Die Diözesankonferenz repräsentiert die weltliche Sicht. Sie besteht aus je zwei Vertretern der Bistumskantone. Für den Kanton Luzern sind dies die CVP-Regierungsräte Anton Schwingruber und Guido Graf. Sie haben die Möglichkeit, einen vorgeschlagenen Bischof als «minder genehm» zu bezeichnen. Faktisch kommt dies einem Streichungsrecht zu, da sich das Domkapitel, welches die eigentliche Wahl vornimmt, diesem Urteil kaum widersetzen wird – auch wenn rein rechtlich eine Wahl nach wie vor möglich wäre.

Religionsfrieden sichern

«Für mich ist die Teilnahme an der Bischofswahl ein ausserordentliches Privi-



Wer zieht neu in die Bischofskirche Solothurn? Die CVP-Regierungsräte reden mit.

leg», sagt Anton Schwingruber mit sichtlicher Freude. Er ist stolz darauf, dass das Bistum Basel zusammen mit St. Gallen das einzige Bistum ist, wo die Kirche vor Ort bestimmen kann, wer Bischof wird. «So kann sich Rom nicht über unsere Köpfe hinwegsetzen.» Eine Verletzung der Trennung zwischen Religion und Staat sieht der Regierungsratspräsident nicht. Die Mitsprache des Staates sei eine gute Chance, unnötige Probleme frühzeitig zu verhindern, sagt Schwingruber. «Wenn ein Provokateur dieses hohe Amt bezieht und kirchlichen Unfrieden schafft, beschäftigt das auch die Bürger.» Heute bestünde die Gefahr zwar kaum mehr, doch habe im 19. Jahrhundert der Staat so verhindert, dass Extremisten auf dem Bischofssitz Platz nahmen.

Das letzte Wort hat der Papst

Nachdem das Domkapitel einen Geistlichen von der verbleibenden Liste gewählt hat, hat das letzte Wort der Heilige Stuhl. Kommt er zum Schluss, dass der vorgeschlagene Bischof die geforderten Eigenschaften hat und das Wahlprozedere korrekt abgelaufen ist, bestätigt er die Wahl.

Namen

Renata Asal-Steger, Luzern

Renata Asal-Steger ist seit Anfang Juli Teil des Synodalrats der Römisch-Katholischen Landeskirche des Kantons Luzern. Das Parteileitungsmitglied der Stadtluzerner CVP wurde Mitte Juni in den «Regierungsrat» der Landeskirche gewählt.

Meinrad Birrer, Zell

Meinrad Birrer ist neuer CVP-Gemeinderat in Zell. Der 41-Jährige wurde in stiller Wahl gewählt. Er tritt die Nachfolge von Ursula Stutz an.

Pia Maria Brugger Kalfidis, Luzern

Für die Kantonsrätin Pia Maria Brugger Kalfidis war die Juni-Session die letzte. Sie hat ihren Rücktritt erklärt. Für sie wird Michael Zeier-Rast, der Präsident der Stadtpartei, nachrücken.

Bruno Gabriel, Luzern

Der Kantonsrat hat Bruno Gabriel zum Oberrichter gewählt. Er wird ab dem 1. Oktober 2010 den zurücktretenden Ruedi Isenschmid ersetzen. Gabriel arbeitet seit 1992 als Richter am Amtsgericht Luzern-Stadt, seit 2005 ist er zudem Amtsgerichtspräsident.

Stefan Heller, Willisau

Der Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband LBV erhält einen neuen Geschäftsführer. Stefan Heller ersetzt per 1. März 2011 alt CVP-Grossrat Alois Hodel. Stefan Heller ist derzeit Prorektor und Beratungsleiter am BBZ Natur und Ernährung in Schüpfheim. Zudem ist er Mitglied der CVP-Landwirtschaftskommission.

Peter Schwegler, Grossdietwil

Der neue Direktor der Luzerner Psychiatrie heisst Peter Schwegler. Der ehemalige CVP-Gemeindepräsident von Grossdietwil ist gegenwärtig Generalsekretär des Gesundheits- und Sozialdepartements des Kantons Luzern. Er wird sein Amt am 1. März 2011 antreten.

Pius Zängerle, Adligenswil

Pius Zängerle wird neuer Präsident des KKL Luzern. Der CVP-Kantonsrat und Vize-Präsident der Kantonalpartei wurde zum Nachfolger von Hans-Peter Aebi gewählt.

Die Luzerner CVP: eine Volkspartei



CVP Kanton Luzern: So richtig viel konnte ich mir darunter nicht vorstellen. Luzern, Innerschweiz, Katholizismus: gut möglich, dass die CVP eine wichtige Rolle spielt. Einen Blick im Internet später war ich schlauer: 38 Prozent Wähleranteil bei den Kantonsratswahlen, 30 Prozent bei den Nationalratswahlen. Nachdem ich mich vergewissert hatte, dass es sich wirklich um das Jahr 2007 handelte, wurde ich neugierig. Wie nur war es möglich, dass die CVP ihre Luzerner Hochburg bis heute gegen den Ansturm der SVP verteidigen konnte? Ich als St.Galler war in dieser Hinsicht leidgeprüft. 1995 mit 31 Prozent noch klar stärkste Partei, erreichte die St.Galler CVP 2007 gerade noch 21 Prozent. Was nur machte die Luzerner CVP besser?

Ich nahm also den Job an – und nicht lange ging es, bis ich wusste, woher die

Stärke der CVP rührt. Geht man mit CVP-Politikern durch die Stadt, wird man an jeder zweiten Ecke gegrüsst, schlägt man die Zeitung auf, blicken einem regelmässig CVP-Leute entgegen, bei Online-Umfragen beteiligen sich regelmässig über 500 Leute, das parteieigene Magazin hat einen Empfängerkreis von über 10000 Sympathisanten. Schlagartig wurde mir klar: Die Luzerner CVP ist das, was man eine Volkspartei nennt.

Eine Volkspartei ist eine volksnahe Partei mit Mitgliedern aus sämtlichen sozialen Schichten, aus Stadt und Land sowie aus unterschiedlichen Berufen. Dies bringt es zwangsläufig mit sich, dass nicht immer alle im Voraus einer Meinung sind. Spiegelbild davon sind die Fraktionssitzungen: Da kann der Ton durchaus auch mal laut werden. Wichtiger ist hingegen, dass die Fraktion gegen aussen ein einiges Bild abgibt. Intensiv diskutieren im Innern und die so erarbeiteten Positionen gemeinsam gegen aussen vertreten: das ist gute Parteipolitik.

Zwei Dinge scheinen mir dabei die CVP-Fraktion zu verbinden: der Wille zu ausgewogener Politik im Sinne der gesam-

ten Bevölkerung und ein gewisser Stolz über die Tugenden der Schweiz. Während andere Parteien starrsinnig mit Maximalforderungen an die Wand laufen und die Schweiz permanent schlecht reden, empfinde ich diese konsensorientierte Gangart als sehr wohltuend. Gerne möchte ich diese Partei im Wahlkampf begleiten und dafür sorgen, dass diese Denkart im Kanton Luzern die Oberhand behält.

Roger Braun arbeitet seit Anfang Juni auf dem Parteisekretariat als politischer Mitarbeiter. Er wohnt in Luzern und stammt ursprünglich aus der Ostschweiz.

Termine

Parteifest: Am Samstag 20. November 2010 findet in Sempach das Parteifest der Luzerner CVP statt. Uns erwartet ein Abend voller Unterhaltung und spannender Gäste. Bitte vormerken!

!Nominierungstermine! Die Kandidaten und Kandidatinnen für den Nationalrat werden dieses Jahr früher als gewohnt nominiert, nämlich an der Delegiertenversammlung vom 19. Oktober 2010. Am 11. Januar 2011 entscheiden die Delegierten, mit wem sie die zwei CVP-Regierungsratsitze verteidigen wollen.

Delegiertenversammlungen: Montag 23. August 2010 in Schachen: Verabschiedung Nominationsverfahren, Positionspapier Klima und Energie, Parolenfassung. **Dienstag 19. Oktober 2010 in Hochdorf:** Nomination der Nationalratskandidaten und -kandidatinnen. **Dienstag 11. Januar 2011 in Sursee:** Nomination der Regierungsratskandidaten und -kandidatinnen

AZB
6000 Luzern 6

Postcode 1

Impressum

CVP aktuell:

Informationsbulletin der CVP Kanton Luzern.
Es erscheint 8 bis 10-mal im Jahr.

Redaktion:

CVP Kanton Luzern
Sekretariat
Postfach
6000 Luzern 6
Tel. 041 420 77 22 / Fax 041 420 48 00
E-Mail: info@cvpluzern.ch
Internet: www.cvpluzern.ch

Druckerei:

Meyer Rottal Druck AG, 6017 Ruswil